



CRPM CPMR

CONFÉRENCE DES RÉGIONS PÉRIPHÉRIQUES MARITIMES D'EUROPE
CONFERENCE OF PERIPHERAL MARITIME REGIONS OF EUROPE

6, rue Saint-Martin 35700 RENNES - F
Tel. : + 33 (0)2 99 35 40 50 - Fax : + 33 (0)2 99 35 09 19
e.mail : secretariat@KPKR.org - web : www.KPKR.org

34. HAUPTVERSAMMLUNG DER KPKR 25.-27. Oktober 2006 - Murcia (Spanien)

Die peripheren Küstenregionen, deren Liste folgt, kamen am 25.-27. Oktober in Murcia (Spanien) im Rahmen der 34. Hauptversammlung der KPKR zusammen

ABERDEENSHIRE (UK), ABRUZZO (IT), AÇORES (PT), ALENTEJO (PT), ALGARVE (PT), ANATOLIKI MAKEDONIA THRAKI (GR), ANDALUCIA (ES), AQUITAINE (FR), ARAGÓN (ES), ARGYLL & BUTE (UK), ÅRHUS (DK), ASTURIAS (ES), BALEARES (ES), BASSE-NORMANDIE (FR), BORDER (DONEGAL, IE), BORNHOLM (DK), BRETAGNE (FR), BUSKERUD (NO), CALARASI (RO), CAMPANIA (IT), CANAKKALE (TR), CANARIAS (ES), CANTABRIA (ES), CASTILLA Y LEÓN (ES), CENTRE (FR), CENTRO (PT), COMUNITAT VALENCIANA (ES), CORNWALL (UK), CORSE (FR), DEVON (UK), DYTIKI ELLADA (GR), EAST MIDLANDS REGIONAL ASSEMBLY (UK), EAST OF ENGLAND REGIONAL ASSEMBLY (UK), EAST OF SCOTLAND EUROPEAN CONSORTIUM (UK), EDIRNE (TR), FAMAGUSTA (CY), FIFE (UK), FRIULI VENEZIA-GIULIA (IT), GALATI (RO), GALICIA (ES), GÄVLEBORG (SE), GLOUCESTERSHIRE* (UK), GOTLAND (SE), HALLAND (SE), HAMPSHIRE (UK), HAUTE-NORMANDIE (FR), HIGHLAND (UK), HORDALAND (NO), IONIA NISIA (GR), ISLE OF MAN (UK), ITÄ-UUSIMAA (FI), KLAIPEDA (LT), KRITI (GR), KYMENLAAKSO (FI), LA REUNION (FR), LANGUEDOC-ROUSSILLON (FR), LAZIO (IT), LISBOA E VALE DO TEJO (PT), MADEIRA (PT), MARTINIQUE (FR), MECKLENBURG-VORPOMMERN (DE), MØRE OG ROMSDAL (NO), MURCIA (ES), NAVARRA (ES), NOORD NEDERLAND (NL), NORDJYLLAND (DK), NORDLAND (NO), NORD-PAS-DE-CALAIS (FR), NORRBOTTEN (SE), NORTE (PT), NOTIO AIGAIO (GR), ORKNEY (UK), ØSTFOLD (NO), OSTROBOTHNIA (FI), OULU REGION (FI), PÄIJÄT-HÄME (FI), PAÍS VASCO (ES), PÄRNUMAA (EE), PAYS DE LA LOIRE (FR), PODLASKIE (PL), POITOU-CHARENTES (FR), PROVENCE-ALPES CÔTE D'AZUR (FR), RIGA (LV), RINGKØBING (DK), ROGALAND (NO), SAAREMAA (EE), SCHLESWIG-HOLSTEIN* (DE), SCOTTISH EXECUTIVE (UK), SHETLAND (UK), SICILIA (IT), SINOP (TR), SKÅNE (SE), SOGN OG FJORDANE (NO), SØR-TRØNDELAG (NO), SOUTH OF SCOTLAND ALLIANCE (UK), SOUTH-WEST FINLAND (FI), STOCKHOLM (SE), TEKIRDAG (TR), TELEMAR (NO), THESSALIA (GR), TOSCANA (IT), TROMS (NO), TUKUMS (LV), TULCEA (RO), UUSIMAA (FI), VÄSTERBOTTEN (SE), VÄSTRA-GÖTALAND (SE), VESTFOLD (NO), VIBORG (DK), VOREIO AIGAIO (GR), WESTERN ISLES (UK).

^(*)Beobachter

Im Namen der anwesenden Regionen bedankt sich der Präsident der KPKR, Herr Claudio Martini, ganz herzlich bei der Region Murcia und ihrem Vorsitzenden, Herrn Luis Ramón Valcarcel Siso, für deren Gastfreundschaft und für den Empfang, der ihnen bereitet wurde.

Sein Dank richtet sich ebenfalls an die anwesenden nationalen sowie regionalen Behörden und an die europäischen Institutionen, die an der Arbeit der Konferenz beteiligt waren. Ganz besonders dankt er Frau Danuta Hübner, der europäischen Kommissarin für Regionalpolitik, für deren Mitwirkung, Herrn Michel Delebarre, dem Vorsitzenden des Ausschusses der Regionen, Herrn Alberto Navarro, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten des Königreichs Spanien und dem Herrn Staatssekretär Antti Mykkänen, Vertreter der finnischen Präsidentschaft.

INHALT

Abschlusserklärung und Beschlüsse



Im Namen ihrer 155 Mitglieder hat die Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas bei ihrer 34. Jahres-Hauptversammlung in Murcia folgende Abschlusserklärung und Beschlüsse verabschiedet:

ABSCHLUSSEKTLÄRUNG

1. Für die peripheren Küstenregionen stellt 2006 ein Jahr des Übergangs dar:

- Mit ihm schließt ein Verhandlungszyklus über die Politiken der Europäischen Union ab und damit ist die Basis bis 2013 festgelegt;
- Es ist der Beginn einer neuen Vorbereitungsperiode einer fernerer, und zur Zeit noch ungewisseren Zukunft.

ENTTÄUSCHENDE FINANZIELLE VORAUSSCHAU 2007-2013

2. Seit Januar 2000 hat die Konferenz ihre gesamte Energie auf ihren Beitrag zur Neuformulierung einer ehrgeizigen Regionalpolitik gesetzt, um die aktive Beteiligung ihrer Mitgliedregionen an den Zielsetzungen der Union, wie in den Strategien von Lissabon und Göteborg definiert, zu garantieren. Den Ausarbeitungsprozess innerhalb der europäischen Kommission unter dem jeweiligen Vorsitz von Herrn Prodi und Herrn Durao Barroso hat sie in enger Verbindung mit Kommissar Barnier und Kommissar Hübner ständig begleitet. Letzteren möchte sie ihren herzlichsten Dank für ihre ständige Verfügbarkeit und Dialogbereitschaft aussprechen. Diese Danksagung richtet sich ebenfalls an das Europäische Parlament und an diejenigen Mitgliedstaaten, deren Überzeugungen letztendlich dazu geführt haben, dass die Regionalpolitik eine bedeutende Stellung in der für den Zeitraum 2007-2013 verabschiedeten finanziellen Vorausschau beibehalten konnte.

3. Somit konnte schließlich die Gefahr einer gänzlichen Renationalisierung der territorialen Kohäsion doch noch abgewendet werden:

- Die unverzichtbare Solidarität mit den im Entwicklungsrückstand befindlichen Regionen (Ziel 1) wurde abgesichert, insbesondere mit den Regionen aus den neuen Mitgliedstaaten. Allerdings fällt das Ausmaß dieser Solidarität niedriger aus als in den vorausgehenden Zeiträumen;
- Gleichzeitig werden allen übrigen Regionen in ihrer Mitwirkung an den Zielsetzungen im Bereich Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (Ziel 2) unterstützt, auch wenn die Dotierung dafür deutlich unter den ursprünglichen Vorschlägen der Kommission und der KPKR liegt;
- Die über INTERREG bei den früheren Planungszeiträumen in Form einer Gemeinschaftsinitiative eingeführte Zusammenarbeit wird als 3. Ziel der Regionalpolitik deklariert und gehört somit zum Mainstream. Der Abschnitt, der speziell den zwischenstaatlichen Räumen gewidmet war, hat leider am meisten unter den Beschlüssen der Mitgliedstaaten gelitten.

4. Im Endeffekt hat diese Rubrik 1b beim Kompromiss von Dezember 2005 die wenigsten Einschränkungen erfahren, vergleicht man das Endergebnis mit dem der Rubrik für Forschung und für die transeuropäischen Netze. Die KPKR bedauert es außerordentlich, dass diese zwei Schlüsselemente der Wettbewerbsfähigkeit der Union – nämlich Forschung und TEN – so stark beschnitten wurden, und dass der ländlichen Entwicklung so wenige Gelder zukommen sollen. Sie freut sich jedoch darüber, dass ihre Mitgliedregionen so viel Engagement bewiesen haben, indem sie ihren jeweiligen Staatsregierungen durch wiederholte Stellungnahmen und Bittschriften ihres Politischen Vorstandes und Generalsekretariates im Laufe des Jahres gezeigt haben, wie stark sie an der Fortsetzung einer Gemeinschaftspolitik der Solidarität und der territorialen Entwicklung festhalten. Ohne diese Mobilmachung wäre das Endergebnis nicht zustande gekommen. Die Lehre, die wir daraus ziehen, müssen wir im Hinblick auf die nächste Verhandlungsrunde um eine territoriale Politik der Union für den Zeitraum 2014-2020 immer vor Augen halten.

5. Neben den Verhandlungen über die Mittelzuweisungen stellt die KPKR in Bezug auf
- den Anspruch auf territoriale Kohäsion
 - die Beteiligung der Regionen an der Vorbereitung und der Umsetzung der neuen Programme
- einen mangelnden Ehrgeiz in den gemeinschaftlichen strategischen Leitlinien und den Regelungen fest.

Bei den zwei genannten Themen nimmt sie auch zur Kenntnis, dass die Steuerungsfähigkeit der Europäischen Kommission nachlässt und dass die Behörden der Mitgliedstaaten die verfügbaren Mittel wieder mehr für sich beanspruchen. Der Trend läuft also entgegen der Notwendigkeit einer stärkeren Integration der territorialen Strategien in das europäische Vorhaben.

ERSCHLAFUNG DER UNION

6. Die finanzielle Vorausschau für den Zeitraum 2007-2013 ist nur eines der Zeichen für die Stagnation der europäischen Ambition. Sie steht im Zusammenhang mit der «Denkpause», die in den institutionellen Fragen eingetreten ist. Geht man tiefer, zeugt sie von den Zweifeln Europas an seiner Fähigkeit, sich als aktiver und erneuerter Partner der stattfindenden Globalisierung zu erweisen, und von der Notwendigkeit, dass die Mitgliedstaaten ihre Kräfte einigen, um eben dies zu erreichen. Europa leidet unter einer Dualität der Kräfte. Während die einen schon völlig in der angehenden Weltbühne aufgehen, erleben sich die anderen als Opfer der neuen Weltverhältnisse, welche das im Laufe der Jahrzehnte erbaute «europäische Modell» über den Haufen werfen.

7. Um der Euroskepsis entgegen zu wirken müssen die Staats- und Regierungschefs unseren Völkern eine Vision der jetzigen und zukünftigen Stellung Europas in der vollkommen neuen Welt des 21. Jahrhunderts anbieten; nur auf der Grundlage eines solchen strategischen Vorschlags können die verfügbaren Energien genutzt und unangemessene Schutzreaktionen umgangen werden. Unter der Leitung ihres Präsidenten trägt die Europäische Kommission dazu bei: Die Vertragsunterzeichner müssen jedoch das Thema zu einer Kernfrage machen, an der sie ihre Völker beteiligen. Dies ist nicht der Fall. Wie auch bei den ersten Ölkrisen (1973 und 1978) – oder noch mehr als damals – neigen sie dazu, die Antworten in nationalen Lösungen zu suchen. Sie schaffen damit weder ein Leadership noch europäische Mechanismen, die auf Unionsebene glaubhaftere und eindrucksvollere Antworten bringen könnten. Dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger an der Zweckmäßigkeit einer Vertiefung des europäischen Aufbaus zweifeln, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die meisten Führungskräfte ihrem Verhalten nach wohl selbst Zweifel hegen. Daraus ergibt sich dann das Gefühl, die Union sei der Ausmaße der Herausforderungen nicht gewachsen.

EINE WELTKARTE IM TIEFGREIFENDEN WANDEL

8. Nur anhand einer eingehenden Analyse der neuen Welt, die sich auftut, und einer Diagnose über die Stärken und Schwächen Europas in dieser neuen Welt:
- kann eine Zukunftsvision für unsere Mitbürger formuliert werden;
 - kann ein Abstecken der Ziele für die Union als Ganzes, für deren Mitgliedstaaten, deren regionalen und lokalen Behörden erreicht werden.

Hier liegen zahlreiche Berichte und Untersuchungen von Experten vor; es ist an der Europäischen Kommission, dem Parlament und dem Rat über eine teilweise Umsetzung dieser Arbeiten, wie sie aus den Strategien von Lissabon oder Göteborg hervorgeht, hinauszugehen, um unseren Mitbürgern eine mobilisierende europäische Ambition anzubieten, und daraus die Konsequenzen bezüglich Leitlinien und finanzieller Ressourcen zu ziehen. Zu diesem Preis wird die Union ihre Glaubwürdigkeit nach Innen wieder erlangen und nach Außen finden. Nachdem Europa über fünf Jahrhunderte hinweg der Hauptakteur der Globalisierung war, muss es nun fähig sein, zu einem Globalisierungspartner zu werden.

9. Die Verantwortlichen der Peripheren Küstenregionen erleben die neue Situation Tag für Tag, sei es in Sachen Klimawandel, natürliche Ressourcen, Bevölkerungszahlen – unter anderem mit den Migrationsbewegungen – oder auch Wandel im wirtschaftlichen Bereich. Sie versuchen, diese Bewegungen so zu begleiten, dass in sämtlichen Gebieten der fünf Kontinente alle Bevölkerungen auf der Gewinnerseite der Globalisierung stehen. Vor dreißig Jahren haben die Mitgliedregionen das Aufkommen einer europäischen Szene außerhalb der einzelnen Staatsgrenzen auch nicht verleugnet, sondern die Gelegenheit genutzt, sich in diesem Rahmen für die Zukunft ihrer Gebiete einzusetzen. Genauso wenig dürfen sie heute die Weltbühne verkennen, deren radikale Entwicklung einen maßgebenden Einfluss auf die Vitalität ihrer Betriebe und die Zukunft ihrer Kinder nimmt. Sie unterstützen sie dabei, ihren Platz einzunehmen. Das europäische Wachstum der letzten Jahre hängt bereits im selben Maße vom Handel mit der übrigen Welt

wie von der Weiterführung des innergemeinschaftlichen Handels ab. Und die OECD hebt hervor, dass die Wachstumsreservoir ihrer Mitgliedstaaten vor allem in der Vitalität ihrer regionalen Wirtschaft zu suchen sind.

10. Deshalb:

- beteiligen sich unsere Mitgliedregionen an den Politiken für nachhaltige Entwicklung, sowohl in Europa als auch durch das Netzwerk der regionalen Regierungen für die nachhaltige Entwicklung (NRG4SD), das beim Gipfel von Johannesburg gegründet wurde und von der KPKR verwaltet wird;
- sind unsere MR beim FIPOL vertreten, wo die Konferenz die Anliegen der bürgernahen Akteure vorträgt;
- haben sie eine Reflexionsarbeit über die Rolle der Regionen in der Energiepolitik der Union gestartet und führen sie ihre Arbeit zur Sicherheit im Seeverkehr, zum integrierten Küstenzonenmanagement und zur Anpassung an den Klimawandel fort;
- haben zahlreiche Mitgliedregionen auch Kooperationen mit Regionen aus anderen Kontinenten ins Leben gerufen und weiter ausgebaut, entweder im Rahmen der öffentlichen Politiken oder um die Eingliederung und Anpassung ihrer Betriebe an den Weltmarkt zu fördern;
- hat die KPKR zur Unterstützung dieser Bemühungen mit dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) ein Rahmenabkommen für Zusammenarbeit unterzeichnet.

11. Grundsätzlich erwarten die Regionen von ihren Staaten und von der Union, dass diese die institutionellen, legislativen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, die ihren Gebieten ermöglichen, voll und ganz an der aufkommenden Welt und deren Governance teilzunehmen und einen positiven Einfluss darauf zu haben. Genau das muss bei dem von den Staats- und Regierungschefs für 2008-2009 vereinbarten Termin erreicht werden, mit den entsprechenden Auswirkungen auf den institutionellen Rahmen und die finanzielle Vorausschau für 2014-2020. In Abhängigkeit der Antworten, die sie dann bekommen, werden die Regionen in der Lage sein, ihren Bevölkerungen die wesentliche Rolle der europäischen Union angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu verdeutlichen. Auch die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen im Juni 2009 wird sehr stark davon abhängen, wie diese Gesprächsrunden ausgehen.

DEN REGIONALEN TRUMPF FÜR EINE STARKE UNION AUSSPIELEN

12. Die Mitgliedregionen wollen so aktiv wie möglich an den Vorbereitungen zu diesem Termin mitwirken. Dies ist ein Kernpunkt der 5 Leitlinien der KPKR für das kommende Jahr.

Den Beitrag der Gebiete zum Wohlstand der Union neu begründen

13. Auch wenn er bedeutende Weiterentwicklungen gegenüber den früheren Planungszeiträumen aufweist, ist der finanzielle, juristische und finanzielle Hintergrund, vor welchem die europäische Regionalpolitik für den Zeitraum 2007-2013 ausgehandelt wurde, als der letzte Erbe der 1988 anlässlich des Pakets «Delors 1» eingeführten Programmgenerationen zu betrachten. Es ist kaum wahrscheinlich, dass er noch als Grundlage für die Ausarbeitung einer territorialen Dimension der Politik der Union bis 2014-2020 dienen wird. Neue Ansätze müssen bereits bei der Debatte der Staats- und Regierungschefs 2008-2009 vorgelegt werden können: **Der regionale und territoriale Vorteil** muss für die Anpassungsstrategie Europas genauso viel Gewicht haben wie manche makroökonomischen Variablen. Im Kok-Bericht wurden die Grenzen einer ungeeigneten und auf die Ebenen der Governance schlecht verteilten Steuerung herausgestellt.

14. Um dies zu erreichen,

- müssen die Wechselwirkungen zwischen der Globalisierung und der regionalen Gebiete, für welche unsere Mitgliedregionen zuständig sind, im großen Maßstab ausgewertet werden;
- muss auch die Mitwirkung unserer Regionen bei der Governance der europäischen Politiken, von der Vorbereitung bis zur Umsetzung, aufgewertet werden;
- wird die Beteiligung an den Kooperationsprogrammen im Rahmen von Ziel 3 weitergeführt werden;
- wünscht die KPKR ihre enge Einbeziehung in die Reflexionsarbeit zur «territorialen Agenda », die von den Mitgliedstaaten durchgeführt wird. Diesbezüglich bedankt sie sich bei der niederländischen Regierung. Der kommenden Halbjahrespräsidentschaft Deutschlands steht sie zur Verfügung.

Diese Vorarbeiten sollen dazu beitragen, dass sämtliche Akteure, auf europäischer wie auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, sich zusammenschließen, um in der Lage zu sein, dem Rat bei den Treffen von

2008-2009 die neuen Grundlagen der regionalen und territorialen Dimension der Union vorzulegen.

15. Dieselben Anliegen werden für die KPKR maßgebend sein bei ihrer weiteren Einbringung in einige **sektorbezogene Arbeitsfelder**, die von größter Bedeutung für die Vitalität ihrer Mitgliedregionen und für den Beitrag zur Erreichung der Zielsetzungen der Union sind.

16. Zu ihrem Bedauern muss die Hauptversammlung feststellen, dass bei der Förderung des **Seeverkehrs** und dessen Abstimmung mit den übrigen Verkehrsarten nur zaghafte Fortschritte gemacht worden sind. Außerdem weist sie darauf hin, dass bei den Zielsetzungen im Bereich transeuropäische Verkehrsnetze der Frage der Verkehrsanbindung zu wenig Beachtung geschenkt wird. Dieselbe Gefahr besteht für den Luftverkehr, einem Thema dessen sich eine Arbeitsgruppe aus den Mitgliedregionen innerhalb der nächsten Monate genauer annehmen wird.

Die Konferenz wird folgende Geschehnisse besonders aufmerksam verfolgen:

- Die Verabschiedung der finanziellen Regelung für die transeuropäischen Verkehrsnetze und des Mehrjahresprogramms 2007-2013.
- Den allgemeinen Vorschlag für die Tarifgestaltung der Infrastrukturen, der von der Europäischen Kommission für 2008 angekündigt ist.

17. Die Mitgliedregionen gratulieren der Region Stockholm und der Region Asturien für die Qualität der Arbeit, die sie mit ihrer Arbeitsgruppe geleistet haben, um eine größere Einbeziehung der KPKR in die **Beschäftigungs- und Ausbildungspolitiken** zu erreichen. Sie erklären ihre Übereinstimmung mit den herausgearbeiteten Schlussfolgerungen. Das zusammengetragene Material kann als Ausgangspunkt für einen neuen Dialog und eine neue Partnerschaft mit der Europäischen Kommission auf diesem Gebiet dienen. Sie wünschen, dass die ersten Kontakte, die mit dem Kommissar und dessen Dienststellen geknüpft wurden, zu einem verstärkten Beitrag der regionalen Behörden zur Aufwertung ihrer jeweiligen Humanressourcen führen.

18. Gemäß der festgelegten Leitlinien hat die KPKR zudem eine Reflexionsarbeit über den Beitrag ihrer Mitgliedregionen zur europäischen **Energiepolitik** eingeleitet. Die Hauptversammlung bedankt sich bei der Region Navarra und den einzelnen Regionen der Arbeitsgruppe Energie für die geleistete Arbeit. Durch diese Arbeit konnte ein neuer Dialog mit Kommissar Piebals und den zuständigen Stellen der Europäischen Kommission sowie mit dem europäischen Parlament aufgenommen werden. Folgende Aspekte bedürfen noch der weiteren Auseinandersetzung:

- der angemessene Ausbau der transeuropäischen Energienetze in den peripheren Küstengebieten,
- die Kompatibilität der Umweltschutzgesetze mit der Entwicklung der erneuerbaren Energiequellen,
- das Regulationssystem der staatlichen Beihilfen für Umwelt.

19. Die Konferenz beabsichtigt, die Untersuchungen zur Zukunft der **europäischen Landwirtschaft, der öffentlichen Förderpolitiken und den Folgen daraus für die ländliche Entwicklung** weiter zu führen.

Zu diesem Zweck wird sie eine entsprechende Aktion zur Sammlung von Informationen starten, die dann bei der nächsten Hauptversammlung als Diskussionsgrundlage dienen werden.

20. Bezüglich der Gesetzgebung und der Regelungen zur **Konkurrenz** möchte sich die KPKR bei Kommissarin Nelly Kroes und deren Dienststellen für die Fortsetzung des 2005 aufgenommenen Dialogs bedanken. Sie erklärt sich zufrieden mit:

- der Beibehaltung des Zonings 87.3.c,
- der Anhebung der De-Minimis-Obergrenzen,
- der Berücksichtigung einer territorialen Dimension bei den neuen Maßnahmen zugunsten des Risikokapitals,
- der Klärung der Rahmenbedingungen zu den Beihilfen für Innovation und den Beihilfen für Forschung/Entwicklung in Verbindung mit den Prioritäten der Regionalpolitik 2007-2013.

Die Konferenz wird sorgfältig folgende Aspekte überwachen:

- die Vorschläge der Kommission zur Vereinfachung der Vergabemechanismen bei den regionalen Beihilfen,
- die Umsetzung, Staat für Staat, der neu definierten Karte der staatlichen Beihilfen mit regionaler Zielsetzung im Sinne des Prinzips der territorialen Kohäsion,
- die Veröffentlichung der Rahmenbedingungen für staatliche Beihilfe im Bereich Umweltschutz.

21. Diese Arbeit innerhalb der Union wird ergänzt durch eine Analyse und einen Austausch mit den

Regionen der übrigen Kontinente über die Schwierigkeiten und Erfolge der territorialen Entwicklung unter dem Einfluss der Globalisierung. Auf Einladung der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur wird die KPKR am 5., 6. und 7. März 2007 mit dem UN-Programm für Entwicklung die erste Weltkonferenz für territoriale Entwicklung veranstalten, um die Bedingungen für eine faire Entwicklung der Gebiete zu klären, anstatt die Konkurrenzgedanken zu schüren.

22. Bei ihrer nächsten Hauptversammlung in Rom, am Vortag des Termins 2008-2009, wird die KPKR eine Synthese der gesamten Arbeitsansätzen aufstellen, um ihre Vorschläge für eine verstärkte Beteiligung ihrer Mitgliedregionen am zukünftigen Erfolg der Politiken der Union vorzulegen.

Das Meer als Kernstück des europäischen Vorhabens

23. Für die wertvolle Arbeit im Laufe der Vorbereitung des Grünbuchs zur maritimen Dimension Europas gratuliert und dankt die Hauptversammlung ganz herzlich dem Vorsitzenden der Europäischen Kommission, Herrn José Manuel Durao Barroso, dem Kommissar zuständig für Fischerei und Maritime Angelegenheiten, Herrn Joe Borg, dem Leiter der Task-Force «Maritime Angelegenheiten», Herrn John Richardson, und deren jeweiligen Dienststellen. Bedanken möchte sie sich auch ganz herzlich bei ihren 50 Mitgliedregionen und den im Rahmen des Projekts „Europa des Meeres“ involvierten Städten sowie bei ihrem Wissenschaftlichen Rat, die sich bemüht haben, möglichst viele Vorschlägen der KPKR in das Grünbuch einzubringen. Dieser Dank gilt auch dem Schleswig-Holsteinischen Landesminister für europäische Angelegenheiten, Herrn Döring, für dessen Tätigkeit als Berichterstatter des AdR in maritimen Fragen. Dank dieser umfangreichen Mobilisierung konnte für ein sehr weit zurückreichendes Anliegen unserer Konferenz eine erste Etappe bewältigt werden.

24. An der Konsultationsphase wird sich die KPKR aktiv beteiligen. Darüber hinaus wünschen sich die Mitgliedregionen, dass die vorgeschlagene Ambition sich tatsächlich als ein Hauptzweig der zukünftigen strategischen Leitlinien der Union erweist. Diesbezüglich fragen sie sich, wie weit das Engagement des europäischen Parlamentes und der Rat gehen wird. Dass der mit dem Grünbuch gelieferte Ansatz sich nicht als Eintagsfliege und Enttäuschung entpuppt kann einzig und alleine dadurch garantiert werden, dass einem wirklich bewusst wird, welches Potential und welche Stärken das Meer für die interne Entwicklung der Union und für deren Präsenz in der Welt des 21. Jahrhunderts birgt. Dieses Thema soll neben den räumlichen Politiken der Motor für die Wiederankurbelung der Ambition der Union sein.

25. Der Hauptversammlung liegt sehr am Herzen:

- dass die Halbjahrespräsidentschaft von Finnland im Jahr 2006, und dann von Deutschland und Portugal im Jahr 2007 aus der maritimen Dimension der Union ein bedeutende und zentrale Frage machen, entsprechend der tatsächlichen Stellung Europas in der Welt;
- dass das Europäische Parlament mit der Gründung einer temporären Sonderkommission, die in der Lage ist, auf alle Aspekte eines solchen Querschnittsthemas einzugehen, ein geeignetes Prüfverfahren für das Grünbuch und dessen Auswirkungen schafft;
- dass diese beiden Ansätze bereits ab Ende 2007 zur Verabschiedung einer europäischen Ambition führen, die dann als Kernelement beim Termin von 2008-2009 berücksichtigt wird.

26. Infolgedessen werden die Mitgliedregionen unter Federführung der Shetland-Inseln, denen die KPKR für ihr Engagement danken möchte, weiterhin die Umsetzung des Europäischen **Fischereifonds**, und insbesondere von Achse 4 zur nachhaltigen Entwicklung der Fischereigebiete an den Küsten, und der regionalen Beratungsausschüssen. Die KPKR wird 2007 weiter die interregionalen Fischereitreffen mit der GD XIV (Fischerei) veranstalten, die einen unmittelbaren Dialog zwischen den Vertretern der Küstengebiete, der Staaten und der Kommission ermöglichen.

27. Wie mit den Regionen Pays de la Loire und Kantabrien vereinbart wird zur Umsetzung der Pakete Erika 1, 2 und 3 ein Seminar veranstalten werden. Bei diesem Seminar, das auf Einladung von Kantabrien abgehalten wird, geht es um das Monitoring & Evaluierung der Regelungen im Bereich **maritime Sicherheit**. Insbesondere wird sich die Konferenz 2007 mit einer Stellungnahme zu den Vorschriften für Containerschiffe und zu einem Geschäftszweig für das Abwracken der Schiffe befassen.

Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung

28. Die Mitgliedregionen kümmern sich besonders um die erwarteten Auswirkungen des **Klimawandels**. Ausgehend von den Antworten auf einer KPKR-Umfrage haben sie sich daher an den Vorbereitungsarbeiten

zu einem von der Europäischen Kommission gestarteten Grünbuch zur Anpassung an den Klimawandel beteiligt.

Sie erwarten auch Vorschläge der Kommission zur Frage, wie das **Integrierte Küstenzonenmanagement** weiter geführt werden soll. Sie erklären wieder ihre Bereitschaft, sich in beiden Bereichen zu engagieren. Sie werden dabei insbesondere an der Umweltverschmutzungs-Bekämpfungsinitiative, genannt «Mittelmeer 2020», mitwirken.

Für all diese Bereiche wird die KPKR die Kooperationsvorhaben für den kommenden Programmierungszeitraum bestimmen.

29. Die Regionen werden das weltweite Netzwerk NRG4SD dabei unterstützen, seine Arbeit zum Klimawandel fortzusetzen, seine eigene Vision einer weltweiten maritimen Politik zu schaffen und die entsprechenden Vorschläge dazu an die Organisation Maritime Internationale heranzutragen. Das nächste Gipfeltreffen des NRG4SD wird im September 2008 auf Einladung der Region Bretagne stattfinden.

Die Stellung der Regionen auf den einzelnen Governance-Ebenen fördern

30. Die Informationen, die über die Bedingungen einer Beteiligung der Regionen an der Umsetzung der neuen europäischen Politikgenerationen für den Zeitraum 2007-2013 gesammelt wurden, sind je nach Mitgliedstaat und Politik sehr unterschiedlich. Die Behörden der 25 Mitgliedstaaten, die den aus der Arbeit des Konvents zur Zukunft Europas hervorgegangenen Vertragsentwurf unterzeichnet haben, gehen offensichtlich nicht konform mit den von ihren Staats- und Regierungschefs verkündeten politischen Entscheidungen:

- die regionalen und lokalen Ebenen an den Politiken der Union in ihren jeweiligen Zuständigkeitsgebieten zu beteiligen;
- sich an den Grundsatz der territorialen Kohäsion zu halten.

31. Die KPKR bedauert dies außerordentlich. Dieses Thema wird im Zentrum der Debatten von 2008-2009 stehen. Die Mitgliedregionen beabsichtigen, sich mit einer dreifachen Vorgehensweise in die Debatten einzubringen:

- Sie werden weiterhin die good practices der Governance bei der territorialen Entwicklung und bei der Beteiligung der Regionen an den Politiken der Union befolgen und kapitalisieren. Diese Arbeit wird im Rahmen des Projektes „Beobachtungsstelle der Governance“ stattfinden, das der Ausschuss der Regionen zusammen mit der KPKR einrichten will. Die sinnvolle Idee, Dreierverträge einzuführen, soll in diesem Kontext weiter gefördert, erprobt und umgesetzt werden, als eine mögliche Form der Partnerschaft EU/Staaten/Regionen.
- Sie werden sorgfältig mit dem Ausschuss der Regionen und den übrigen Zusammenschlüssen von regionalen und lokalen Behörden, die es wünschen, darauf achten, dass die regionale Dimension und der Grundsatz der territorialen Kohäsion bei den Verhandlungen über die Weiterentwicklung des Vertrages entsprechen beachtet werden.
- Sie werden die deutsche Ratspräsidentschaft dazu einladen, das demokratische Leben der Union aufzuwerten, indem die Rolle der europäischen regionalen und lokalen Behörden in jede politische Erklärung zu den 50 Jahren der Römischen Verträge aufgenommen wird. Damit soll es den Regionen leichter gemacht werden, die Mitgliedstaaten, die europäische Kommission und das europäische Parlament bei der Formulierung und der Umsetzung der europäischen Politik zu unterstützen.

32. Das Aufkommen von Entscheidungszentren außerhalb der Union hat einen wachsenden negativen Einfluss auf den Autonomie-Spielraum der Mitgliedregionen. Um sich dieser Herausforderungen zu stellen, wird die KPKR ausgehend von den Schlussfolgerungen aus dem Azoren-Seminar ihre Reflexion mit den anderen welt- und europaweiten Netzwerken regionaler Behörden sowie mit den Weltinstitutionen weiterführen, damit die Regionen an den für die Regionalpolitiken bedeutsamsten Instanzen mitwirken können.

33. Aus demselben Gedanken heraus haben die Mitgliedregionen der KPKR vor, insbesondere im Rahmen ihrer geographischen Kommissionen, aber auch durch andere maritime Querschnitts-Netzwerke wie den Ärmelkanal-Bogen, eine aktive Rolle bei der Eingliederung ihrer Gebiete in die einzelnen Geographie-Ebenen, auf denen der Austausch und die Entwicklungschancen statt finden, zu übernehmen. Neben den Kooperationen innerhalb der Union (grenzüberschreitend, zwischenstaatlich und zwischenregional) artikulieren sie auch die Notwendigkeit ihrer Involvierung in den dezentralisierten Teil von:

- Nachbarschaftspolitik im Mittelmeerraum, im Balkan, am Schwarzen Meer und im Rahmen der

nördlichen Dimension der Union.

- den Politiken der Union mit den übrigen Kontinenten, insbesondere in Lateinamerika, in der Karibik, in Afrika und im Indischen Ozean.

34. Diesbezüglich wurde der Dialog mit den zuständigen Stellen der Europäischen Kommission und einigen Mitgliedstaaten aufgenommen. Dieser Dialog steht auch im Zusammenhang mit dem Gesamtabkommen, das mit dem UN-Entwicklungsprogramm zur Steigerung der Wirksamkeit von vielen bilateralen Kooperationen der Mitgliedstaaten getroffen wurde (auf deren Wunsch hin). 5 bis 6 konkrete Projekte sollten 2007-2008 dazu verhelfen, effiziente Arbeitsmethoden festzulegen.

DIE KRÄFTE UNSERER REGIONEN WIRKSAM VEREINIGEN

35. Unsere Organisation erwarten neue Kämpfe, mit echten Herausforderungen. Von den Hoffnungen und Erwartungen unserer Mitgliedregionen und derer Bevölkerungen ist im Vorfeld noch nichts abgesichert.

Das Generalsekretariat muss sich nicht nur an die Entwicklung der Prioritäten anpassen, sondern die Konferenz muss sich die Frage stellen, wie sie alle Regionen, die für:

- eine polyzentrischere Entwicklung des Kontinents,
- eine mächtige maritime Entwicklung

sind, vereinigen kann.

36. Insbesondere sollte die KPKR mehr gegen die Gefahr unternehmen können, dass die Regionen aus dem Europa mit 15 Mitgliedern und die aus dem Europa mit 25 und bald 27 Mitgliedern verschiedene Wege einschlagen. Die Stimme der peripheren Regionen würde dadurch im Dialog und den Verhandlungen mit der Kommission und dem Rat an Stärke gewinnen. 2007 und 2008 müssen dazu genutzt werden, eine interne Reflexionsarbeit zu dieser für die Zukunft entscheidende Frage durchzuführen. Wie bereits 2003 wird der Politische Vorstand im Frühjahr 2007 allen Mitgliedregionen sowie auch weiteren Regionen einen ausführlichen Fragebogen zu ihren Erwartungen an eine interregionale Organisation, die eine polyzentrische Entwicklung Europas befürwortet, zuschicken. Zu den Aufgaben der Hauptversammlung von 2007, mit der Region Lazio als Gastgeber, gehört dann die Auseinandersetzung mit den eingegangenen Antworten.

Die Hauptversammlung bittet den Politischen Vorstand und den Generalsekretär um die Umsetzung der oben definierten Leitlinien.

Einstimmig angenommen

••

≈ II ≈

BESCHLÜSSE

II.1 - Beschluss über die Fischerei « boxen und geschützte gebiete »
(Vorgelegt von der Nordsee-Kommission)

~~~~~

**II.2 - Beschluss über die Chancen und Risiken der Maritimen Politik in der Regionen an der Ost- und Nordsee**  
(Vorgelegt von der Ostsee- und der Nordsee-Kommission)

~~~~~

II.3 - Beschluss: Die Politik der nördlichen Dimension für den Zeitraum ab 2007
(Vorgelegt von der Ostsee- und der Nordsee-Kommission)

~~~~~

## ≈ II ≈

# VON DEN GEOGRAPHISCHEN KOMMISSIONEN VORGELEGTE BESCHLÜSSE

---

### - II.1 -

#### **BESCHLUSS ÜBER DIE FISCHEREI « BOXEN UND GESCHÜTZTE GEBIETE »**

Vorgelegt von der Nordsee-Kommission

---

Die Interkommissions-Arbeitsgruppe Fischerei der KPKR (FIG) sieht die Notwendigkeit Ökosysteme, natürliche Lebensräume und Gebiete mit besonderem Wert zu schützen (Anwendung der Richtlinien „Habitat“, „Vogelarten“ und „Natura 2000“).

Soll über eine Schutzzone bzw. eine sogenannte Box entschieden werden, zum Schutz entweder von Vogelarten, von Lebensräumen oder von Fischbeständen ..., liegt es auf der Hand, dass die Abgrenzung einer solchen Zone, die Mechanismen für deren Bewirtschaftung, deren Funktionsweise und Überwachung eine vielschichtige Angelegenheit darstellt.

Dazu sind ausführliche Untersuchungen durchgeführt worden. Die meisten führen zu dem Schluss, dass der Erfolg von Boxen und geschützten Meeresgebieten hauptsächlich von der engen Beteiligung der Partner und der Gemeinschaften an der Definition der betreffenden Zonen, an den Zielsetzungen und den Umsetzungsmechanismen abhängt.

Zu den Voraussetzungen für die Einrichtung einer Box oder eines geschützten Meeresgebietes gehören:

- die eindeutige Bestimmung von Zweck und Zielen,
- die zeitliche Begrenzung,
- das Vorliegen von effizienten Bewirtschaftungsmaßnahmen,
- die Halbzeitbewertung der Maßnahmen,
- eine Strategie, um wieder aus diesem Sonderstatus herauszukommen,
- die Beachtung der Kultur und der Bedürfnisse der lokalen Bevölkerungen.

Zu all diesen Punkten sollte eine breit angelegte Konsultation durchgeführt und die Unterstützung der betreffenden Partner und Gemeinschaften sowie die der regionalen und lokalen Behörden gewährleistet werden.

**Einstimmig angenommen**

∴

## - II.2 -

### BESCHLUSS ÜBER DIE CHANCEN UND RISIKEN DER MARITIMEN POLITIK IN DEN REGIONEN DER OST- UND NORDSEE

Vorgelegt von der Ostsee- und der Nordsee-Kommission

---

1. Die Ost- und die Nordsee-Kommission freuen sich darüber, dass sie die Gelegenheit haben, das Grünbuch der Europäischen Union (EU) zur maritimen Politik zu kommentieren, denn für die Ost- und die Nordsee-Kommission gibt es in den maritimen Gebieten ein enormes Potential an künftiges wirtschaftliches Wachstum, vorausgesetzt die Ressourcen werden innovativ, nachhaltig und abgestimmt bewirtschaftet. Es ist daher unverzichtbar, eine langfristige Reflexionsarbeit über den weltweiten Wandel, sowohl unter wirtschaftlichen als auch ökologischen Aspekten zu führen.
2. Der europäische Raum ist von Meeren umgeben, mit Ökosystemen die keine EU-Grenzen kennen. Die künftige europäische Seeverkehrspolitik muss einer engen Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb der EU Beachtung schenken. Es ist also positiv zu bewerten, dass andere Länder – Norwegen zum Beispiel – bei der Erarbeitung des Grünbuchs mitgewirkt haben.
3. Unsere gemeinsame maritime Ressourcen müssen auf konkurrenzfähiger, innovativer und nachhaltiger Weise genutzt werden. Seeverkehr, Fischerei, Fischzucht, Energieerzeugung usw., müssen in Harmonie mit der Meeresumwelt betrieben und dabei durch Forschung und innovative Maßnahmen unterstützt werden. Ein Nutzungsplan für die Weltmeere könnte zur Vorbeugung von Konflikten dienen und sich in den intensiv genutzten Offshore-Zonen als nützlich erweisen. Die Vorbereitung von Raumplänen für die Offshore-Zonen, soweit Bedarf besteht, und eine sektorübergreifenden Evaluierung von bestimmten Offshore-Projekten könnten ein solches Instrument sinnvoll ergänzen. Eine gemeinsame maritime Politik könnte also ein wirksames Instrument für die Verwirklichung der Ziele aus der Agenda von Lissabon und Göteborg sein.
4. In Zukunft muss auch mehr für die Sauberkeit der Meere getan werden. Die Nordsee-Kommission hat zum Beispiel wiederholt ihre Besorgnis über die Einleitung von radioaktiven Abfällen, insbesondere durch die Wiederaufbereitungsanlage Sellafield, klar zum Ausdruck gebracht. Die britische Regierung muss so schnell wie möglich ihrer Verpflichtung nachkommen, ein Moratorium für diese Einleitungen zu verabschieden. Die Anlage THORP, die letztes Jahr wegen eines Lecks abgeschaltet wurde, soll nicht mehr in Betrieb genommen werden. Die Lecks in der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield sind nach der internationalen Bewertungsskala für nukleare Störfälle (INES) als gefährlich eingestuft. Irland hat vor dem europäischen Gerichtshof gegen Sellafield Klage erhoben.
5. Die Ost- und die Nordsee-Kommission freuen sich über die beim Treffen der Umweltminister der Nordsee-Anrainerländer in Göteborg eingegangene Verpflichtung zur Fortsetzung der Initiative «saubere Schiffe». Sie unterstreichen die Notwendigkeit, die künftigen Normen zur Verringerung der Umwelteinflüsse des Seeverkehrs als vorrangig zu betrachten. Dass es über Schiffstreibstoff keine Vorschriften gibt, bereitet uns immer noch Sorgen und wir halten die EU dazu an, die Formulierung einer neuen Richtlinie zur Qualität der Seefahrt-Treibstoffe vorzubereiten.
6. Allgemein könnten Initiativen zur Bekämpfung der durch Schifffahrt und Treibstoffe verursachten Umweltverschmutzung dazu beitragen, die Sauberkeit der Meere zu verbessern.
7. Nachhaltigkeit in der Nutzung der Meere setzt auch angemessene Einkommen und die Sicherung der Lebensgrundlagen der Küstenbevölkerungen voraus. Es ist wichtig, den Ausbau der maritimen Cluster fortzusetzen, und dabei auf die Verbindung zwischen Geschäftstätigkeiten einerseits und Forschung und Ausbildung andererseits zu achten.
8. Eine angemessene maritime Politik ist eine Politik, bei der die Kultur, das Erbe und die lokale Identität als entscheidender Vorteil für die Tourismusindustrie, für die Politiken der regionalen Entwicklung und für ein nachhaltiges und konkurrenzfähiges Gewerbe der Küstengemeinden gilt.
9. Die Debatte zum Grünbuch wird Gelegenheit geben, einige Sektorpolitiken zu überdenken. Aus regionaler und demokratischer Sicht ist es wichtig, dass die lokalen Gemeinschaften, und vor allem die Bevölkerungen in den Küsten- und Inselgebieten, dazu aufgefordert werden, aktiv an dem Konsultations- und Aufstellungsprozess der Politiken mitzuwirken. Die Regionen sollten auch eine Rolle beim Entscheidungsprozess spielen.
10. Die Politiken dürfen jedoch nicht einer reinen Sektorlogik folgen. Sektoren wie der Verkehr und die Umwelt beeinflussen sich gegenseitig; die maritime Politik muss nach dem Synergiepotential der einzelnen Sektorpolitiken definiert werden. Die Anwendung einer flexiblen Vorgehensweise unter Mitwirkung der regionalen Akteure bei der Bewirtschaftung der Weltmeere wird für den Erfolg dieser Politik entscheidend

sein.

11. Die erwartete Entwicklung im Nord-Westen Russland wird für die Regionen der Ost- und der Nordsee ebenfalls ausschlaggebend sein. Grundlegende Veränderungen werden zum Beispiel im Logistikbereich erwartet. Die Einrichtung eines nördlichen Schifffahrtskorridors ist wichtig, wie auch der verstärkte Ausbau der Ost-West Korridore zwischen der Ostsee und der Nordsee und der von der hochrangigen Gruppe vorgeschlagenen intermodalen Korridore: Hochgeschwindigkeits-Seewege (MOS) und Nordachse für die Zonen außerhalb der Ost- und Nordsee.  
Die Ost- und Nordsee-Kommission halten die Regierungen der Mitgliedstaaten dazu an, diese Fragen innerhalb der Europäischen Union anzugehen und die Entwicklung der genannten Korridore in ihren jeweiligen Zonen zu unterstützen.  
Um eine Verlagerung des Verkehrs aus den intermodalen Logistikketten – unter anderem Schiene-Meer - auf diese Korridore zu erreichen, müssen die Hochgeschwindigkeits-Seewege und die Korridore des transeuropäischen Verkehrsnetzes aufeinander abgestimmt werden. Für den Seeverkehr in der Nordsee ist auch ein Netz von Eisbrechern außerordentlich wichtig.
12. Zur Wahrung bzw. Erhöhung der Sicherheit im Seeverkehr wird vorgeschlagen, unverzüglich Maßnahmen für die Anwendung des automatischen Identifizierungssystems AIS in der gesamten Nordsee und im geplanten nördlichen Seekorridor zu treffen. Das zur Zeit in norwegischen Gewässern getestete Modell wird außerdem als Grundlage für dieses System vorgeschlagen.
13. Anzumerken ist, dass die Europäische Kommission im Rahmen des transeuropäischen Verkehrsnetzes die Einrichtung eines MOS-Netzes in mehreren Zonen vorgeschlagen hat, allerdings noch nicht in den Regionen außerhalb der EU. Die Nordsee-Kommission wird die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten dazu auffordern, sich mit diesen Fragen auseinander zu setzen. Das Ziel ist dabei, wie im Bericht der hochrangigen Gruppe zum Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze vorgeschlagen, den MOS-Korridor bis auf die an der Barentssee angrenzenden Länder und Regionen auszudehnen. Aufgrund des zu erwartenden Anstiegs der transportierten Mengen wird man der Intermodalität in Zukunft eine größere Bedeutung einräumen müssen. Als Bestandteile der multimodalen Ketten müssen effiziente Hafenanlagen gebaut und geeignete Verbindungen im Landesinneren geschaffen werden.
14. Für die Verbesserung der Sicherheit im Seeverkehr muss auch eine globale und effiziente maritime Politik definiert werden.
15. Bis jetzt waren die INTERREG-Programme ein nützliches Instrument für die maritime Politik in den Nord- und Ostsee-Gebieten. Aus ihnen entstanden einige bedeutende Projekte. Im Rahmen des neuen Ziels 3 der Nord- und Ostseeprogramme (2007-2013) sollte die maritime Dimension hervorgehoben werden. Die im Rahmen des INTERREG-Programms Nordseeregion laufende Operation Regenschirm für die Sicherheit im Seeverkehr (MSUO) sollte zur Schaffung eines paneuropäischen Instrumentes in Zusammenarbeit mit der Helsinki-Kommission (HELCOM) führen. Diese zwischenstaatliche Organisation, die in den Ostsee-Gebieten tätig ist, hat Vertreter der Ostsee-Kommission der KPKR eingeladen, an ihrer Arbeit teilzunehmen. Die Rolle von HELCOM liegt im Schutz der Umwelt der Ostsee vor jeglicher Verschmutzungsquelle auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Anrainerstaaten (darunter Russland) und der Europäischen Union. Für die Erarbeitung von «geeigneten Schutzmaßnahmen» für die besonders empfindliche Nordsee wird ebenfalls in Zusammenarbeit mit den betreffenden Ländern gesorgt.
16. Die Verwirklichung der Ziele der maritimen Politik setzt die Umsetzung der Agenda von Lissabon und Göteborg voraus. Außerdem ist eine Koordinierung mit weiteren Initiativen der EU wie die Hochgeschwindigkeits-Seewege, die Kurzstrecken-Seetransporte, die Maßnahmenpakete zur Sicherheit im Seeverkehr und die marine Umweltpolitik erforderlich. Und schließlich müssen sich alle Verwaltungsebenen zu einem gemeinsamen Tun zusammenschließen, um eine nachhaltige Entwicklung der Ost- und der Nordsee zu gewährleisten.

**Einstimmig angenommen**



## **BESCHLUSS: DIE POLITIK DER NÖRDLICHEN DIMENSION FÜR DEN ZEITRAUM AB 2007**

Vorgelegt von der Ostsee- und der Nordsee-Kommission

---

Das Gesamtziel der Politik der nördlichen Dimension ist, über eine intensiviertere grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine wirtschaftliche Integration und Entwicklung den Frieden zu festigen, um so den Lebensstandard im Raum der Nördlichen Dimension sowie in der gesamten Europäischen Union (EU) zu verbessern. Damit ist die Politik der Nördlichen Dimension ein Prozess, der grenzüberschreitende Kontakte intensiviert. Es gibt bereits grenzüberschreitende Zusammenarbeit rund um die Ostsee, aber der weitere Ausbau dieser Politik der Nördlichen Dimension und des dazugehörigen Aktionsplans wird helfen, die betreffenden Maßnahmen zu koordinieren.

Nach einer historischen Übergangszeit kämpft die Ostsee immer noch mit großen Umbrüchen. Die Erweiterung der Europäischen Union, der Integrationsprozess in Europa und die Globalisierung, genauso wie die Regionalpolitik – unangepasst nach Meinung der Peripherien – haben eindeutige Konsequenzen für die Zonen der Ostsee.

Der politische Hintergrund in Nordeuropa hat sich verändert. Die Nördliche Dimension deckt einen weiten geographischen Raum ab, von Nordwest-Russland im Osten bis Island und Grönland im Westen und von der Arktis und der subarktischen Zone bis zur südlichen Grenze der Ostsee. Mit der EU-Erweiterung wurden Estland, Lettland, Litauen und Polen, alles Anrainerstaaten der Ostsee und Staaten, die von der Nördlichen Dimension betroffen sind, Mitglieder der Europäischen Union. Damit haben nun fast alle Staaten um die Ostsee Teil an der Gemeinschaftspolitik und an den Finanzierungsinstrumenten der Europäischen Union. Die Erweiterung der Europäischen Union um die Anrainerländer der Ostsee bedeutet nicht nur eine Stärkung dieser Zone; sie bietet auch neue Perspektiven für wirtschaftliche Entwicklung und den Zugang zu Regionen, die durch ihre geographische Lage eine Schlüsselposition einnehmen.

Im Mai 2005 wurde in der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland ein neuer Schritt gemacht, und zwar haben sie sich über einige Fahrpläne für die Einrichtung von vier gemeinsamen Räumen geeinigt: Dem gemeinsamen Wirtschaftsraum; dem gemeinsamen Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht, dem gemeinsamen Raum für Forschung, Bildung und Kultur; und einem gemeinsamen Raum für äußere Sicherheit.

Dazu werden sich die finanziellen Voraussetzungen für die grenzüberschreitende und zwischenstaatliche Zusammenarbeit innerhalb der Nördlichen Dimension nach 2006 ändern, wenn die neuen Finanzierungsinstrumente für Nachbarschafts- und Partnerschaftsmaßnahmen wie auch die neuen Strukturfonds greifen werden. Dies wird auch die weitere Entwicklung der Nördlichen Dimension und die Zusammenarbeit im Ostsee-Raum beeinflussen.

Die Nördliche Dimension bietet eine breite Grundlage für die gemeinsame gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Staaten in Nordeuropa. Die Nördliche Dimension hat bereits eine starke Tradition aufgrund der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von regionalen Akteuren in Nordeuropa. Die Integration von Russland in den Prozess der Europäischen Zusammenarbeit, die Ausdehnung der Stabilitäts- und Wohlstandszone auf den östlichen Teil Europas wie auch die Weiterentwicklung des gesamten nordeuropäischen Raumes sind wesentliche Ziele. Die Ziele sind nicht nur von Interesse für die Staaten aus dem Norden Europas, sondern für ganz Europa und werden ganz Europa nutzen. Deshalb bedürfen sie der aktiven Unterstützung aller europäischen Akteure. Bei der Nördlichen Dimension geht es um mehr als nur Projekte und Programme, sie ist auch ein Forum für den Dialog und daher sollte sie die Akteure der regionalen und lokalen Ebenen und deren Netzwerke aktiv, auf klarer und stimmiger Weise einbeziehen.

### **Allgemeine Kommentare**

Die Ost- sowie die Nordseekommission der KPKR unterstützen die Politik der Nördlichen Dimension und begrüßen die Weiterentwicklung von strategischen Papieren wie z.B. einen dritten Aktionsplan für die Nördliche Dimension.

Um die Unterstützung der Nördlichen Dimension weiter zu stärken, ist die Aufstellung eines neuen Aktionsplanes von zentraler Bedeutung und es ist wichtig, dass die Europäische Union, Island, Norwegen

und Russland sich über strategische Leitlinien einigen, um deren Umsetzung sie sich weiter bemühen werden. Es ist also ebenfalls wichtig, dass die EU-Vereinbarungen mit Norwegen, Island (EFTA) und insbesondere mit Russland (Partnerschaftsabkommen und Fahrpläne) sich in der Nördlichen Dimension niederschlagen und durch sie unterstützt werden. Eine Neuformulierung bzw. Neugestaltung des Aktionsplans für die Nördliche Dimension muss auf die Förderung des gesamten geographischen Gebiets der Nördlichen Dimension abzielen, auch wenn ein besonderes Augenmerk auf die gemeinsamen Räume von EU und Russland gerichtet werden soll.

Die Erfahrungen mit den Aktionsplänen der Nördlichen Dimension haben gezeigt, dass deren Umsetzung ohne die aktive Einbeziehung und Mitwirkung der regionalen und lokalen Akteure und ohne deren ausgedehnten und gut eingespielten Kooperationsnetzwerken nicht möglich ist. Bei der Implementierung eines neuen Aktionsplans der Nördlichen Dimension betrachten wir es als eine wesentliche Voraussetzung, uns auf diese Erfahrung zu stützen. Die zahlreichen vorhandenen Projekte – wie auch das Interreg III B-Programm für die Ostsee-Zone – zeigen die bestehenden Möglichkeiten auf der regionalen Ebene auf und müssen als einen positiven und wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Nördlichen Dimension betrachtet werden.

Die regionalen und lokalen Akteure bilden die Grundlagen der Nördlichen Dimension, deren Erfolg von ihrer aktiven Mitwirkung abhängt. Aber die Ost- und die Nordsee-Kommission der KPKR geben auch zu, dass das Engagement der Europäischen Kommission und deren aktive Beteiligung als koordinierende Zentrale von entscheidender Bedeutung sind. Daher kommt der Rolle der Europäischen Kommission bei dem Entwicklungs-, Umsetzungs- und Monitoringprozess der Maßnahmen innerhalb der Nördlichen Dimension eine große Bedeutung zu. Sie soll erhalten bleiben.

Der aktuelle Aktionsplan der Nördlichen Dimension wurde über einen Zeitraum von zwei Jahren definiert. Auf der einen Seite legt die Politik das Gesamtkonzept fest, auf der anderen liefern die Aktionspläne die Richtlinien nach welchen die spezifischen Aktionen innerhalb der Nördlichen Dimension ausgearbeitet werden. Die Ost- und die Nordseekommission der KPKR sind der Ansicht, dass eine Langzeitplanung der Nördlichen Dimension mehr Nachhaltigkeit verleihen würde. So könnten der neue Aktionsplan und das neue Finanzierungsinstrument innerhalb der neuen Strukturfonds (das zukünftige Ziel 3 – zwischenstaatliches Kooperationsprogramm) für die Regionen an der Ost- und Nordsee einerseits und das europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument andererseits besser aufeinander abgestimmt werden. Beide werden im Rahmen der neuen Finanziellen Vorausschau 2007-2013 in Kraft treten.

Auch wenn die Ost- und die Nordsee-Kommission lieber eine getrennte Haushaltslinie für die Nördliche Dimension hätten, sind wir davon überzeugt, dass mit einer angemessenen Dotierung aus dem Finanzierungsinstrument INTERREG Nördliche Peripherie, INTERREG Ostsee-Gegend und INTERREG Nordsee-Gegend, die Regionen genügend Mittel hätten, um die Maßnahmen der Nördlichen Dimension wirksam umzusetzen.

Um von den verfügbaren Finanzinstrumenten in Zusammenarbeit mit den Regionen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union nach 2006 den bestmöglichen Gebrauch zu machen, muss die Interoperabilität zwischen dem europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument und den Finanzinstrumenten im Rahmen der Strukturfonds gewährleistet sein.

Finanzierungsinstrumente von anderen Institutionen wie die G8-Staaten, die in diesem Raum multinationale Projekte vor allem auf dem Gebiet der nukleare Sicherheit und der Umwelt ermöglichen, sollten als nützliche Werkzeuge für gemeinsame Ziele betrachtet werden.

Die Ost- und die Nordsee-Kommission der KPKR glauben auch, dass die Einführung von Dreierverträgen die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden und zwischenstaatlichen Projekten begünstigen könnte.

### **Thematische Beiträge**

Was die in den Hauptgrundsätzen definierten Prioritätssektoren betrifft, möchten wir hier unser besonderes Interesse an einer verstärkten Zusammenarbeit in folgenden Bereichen betonen:

#### *Wirtschaft, Handel und Infrastruktur*

Die Ost- und die Nordseekommission der KPKR begrüßen den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Revision der Grundsätze der transeuropäischen Verkehrsnetze, die eine entscheidende Auswirkung auf die Politik der Nördlichen Dimension haben. Die Einrichtung von „Autobahnen des Meeres“, die von nun an auf der Liste der vorrangigen Projekte steht, ist ein realistisches Ziel. Es geht dabei gleichzeitig um die Förderung des intermodalen Verkehrskonzeptes und um einen besseren Anschluss von geographisch benachteiligten Regionen durch neue zwischenstaatliche Seeverbindungen. Die Ost- und die Nordsee-

Kommission der KPKR erkennen die Notwendigkeit, wirksame Verkehrssysteme einzurichten, um sich auf das größere Aufkommen an Frachtschiffen einzustellen, das wegen der Ausweitung des Handels zwischen Russland und China einerseits, und zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten andererseits, zu erwarten ist. Angesichts der schwierigen natürlichen Bedingungen in der Ostsee muss für Forschung und Entwicklung eine ausreichende Finanzierung sichergestellt werden, um einen sicheren ganzjährigen Betrieb zu gewährleisten. Wir sind der Meinung dass es möglich ist, für die Entwicklung der gesamten Region zu sorgen, wenn man wirksame und ökologisch nachhaltige Transportsysteme auf der Grundlage von Schiene und Schifffahrt aufbaut. Ein wichtiger Aspekt bei einer solchen Aktion wird die Abstimmung der Autobahnen des Meeres und der vorhandenen bzw. der noch einzurichtenden TEN-Korridore aufeinander, um somit die intermodalen Logistikketten anzulocken. Die bereits genehmigten und laufenden INTERREG-Projekte wie z.B das « Baltic Gateway », der nördliche Seekorridor und das Projekt NETA (North European Trade Axis) sollten berücksichtigt werden. Als weiteres besonders wichtiges Projekt ist der Nord-Ost-West-Korridor (N.E.W. Corridor) zu nennen, also ein «Mehrstraßen-Korridor». Dabei geht es darum, beim Ost-West-Verkehr die Fahrten durch nördliche Gegenden Europas, die weniger befahren und politisch stabil sind, zu begünstigen.

Bedeutende natürliche Ressourcen und Bodenschätze gibt es in Fennoskandien, einer arktischen Gegend, wo die Natur sehr empfindlich ist. Die Europäische Union hängt von Ressourcen und Bodenschätze ab, die sich außerhalb ihrer Grenzen befinden. Die Nördliche Dimension spielt also eine entscheidende Rolle für die Kooperationspolitik und für die Unterstützung von umweltfreundlichen Produktions- und Abbauverfahren (im Nord-Westen Russlands zum Beispiel). Durch den Schutz der Natur in der zur Nördlichen Dimension gehörenden Gegend wird die Europäische Union ein höheres Maß an Selbstversorgung erreichen.

#### *Freiheit, Sicherheit und Justiz*

Die Ost- und die Nordseekommission der KPKR unterstützen Aktionen der Nördlichen Dimension, die eine sichere und effiziente Verwaltung an der Grenze zwischen der EU und Russland fördern, um illegale Grenzübergänge zu verhindern und gleichzeitig den legalen Handel und Personenverkehr zu erleichtern, indem die Wartezeiten verkürzt, die Infrastrukturen verbessert, die Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Zollbehörden erweitert und die Harmonisierung von Gesetzen, Standards und Verfahren vorangetrieben werden.

#### *Forschung, Bildung und Kultur*

Die Ost- und die Nordseekommission der KPKR möchten die Bedeutung der Kulturen und der Vielfalt, die in den Gebieten die zur Nördlichen Dimension vorherrschen, unterstreichen. Ihrer Meinung nach ist nachdrücklicher darauf hinzuweisen, dass den Regionen die Mittel gegeben werden müssen, ihre eigene Identität zu pflegen und die richtigen Antworten auf die sich stellenden Herausforderungen zu finden. Projekte zur Stärkung der kulturellen Identität in der Nördlichen Dimension sollten Vorrang haben – unter anderem um die Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen von Regionen und Staaten zu festigen. Die Nördliche Dimension beschäftigt sich unter anderem mit der Entwicklung der zukünftigen Gesellschaften und der neuen Generationen. Daher ist es wichtig, sich bei der Herausarbeitung von konkreten Projekten und Aktionen auf die Beteiligung, das Engagement, die Ideen und die Interessen junger Menschen zu konzentrieren – unter anderem durch die Umsetzung des neuen Aktionsplans der Nördlichen Dimension.

Forschung & Entwicklung muss in allen Bereichen der Kooperation gefördert werden. Die Ost- und die Nordseekommission der KPKR unterstützen die Idee eines weiteren Ausbaus von Meta-Kooperationsnetzwerken wie die Initiative ScanBalt, die das Ziel verfolgt, auf dem Gebiet der Biowissenschaften in Nordeuropa ein Übernetz von Netzwerken einzurichten, und damit diese Region als ein Hauptdarsteller auf der Europäischen und der globalen biotechnologischen Bühne zu etablieren.

#### *Umwelt, nukleare Sicherheit und natürliche Ressourcen*

Die Küstengebiete leiden unter den schädlichen Auswirkungen einer Ölpest. Die Bürger und die Betriebe dieser Gebiete tragen die Konsequenzen der mangelnden Sicherheit im Seeverkehr. Deshalb fordern die Regionen die nationalen Regierungen auf, in Sachen maritime Sicherheit eine proaktive Haltung einzunehmen und bei der Umsetzung ihrer nationalen Politik eine Kultur der Sicherheit zu entwickeln. Dies betrifft sowohl die Präventiv-Maßnahmen wie auch die Ausrüstungen und Maßnahmen für den Schadensfall. Die regionalen Behörden bieten den nationalen Regierungen auch außerhalb der staatlichen und regionalen Grenzen ihre Zusammenarbeit an.

Mit dem Ausbau großer Ölhäfen in Russland – im Norden wie auch in den Küstengebieten des finnischen Meerbusens in der Nähe von Sankt Petersburg – wird es mehr Tanker geben, die entlang der norwegischen

Küste und auch in der Ostsee durch das Kattegat und das Skagerrak in Richtung Nordsee fahren. Eine Ölkatastrophe im Gebiet der Nördlichen Dimension hätte enorme Auswirkungen und deshalb möchten wir ganz entschieden empfehlen, dass bei der Umsetzung eines neuen Aktionsplans der Nördlichen Dimension dieser Frage besondere Beachtung geschenkt wird.

Auf der Grundlage der Umsetzung der EU-Wasserrichtlinie, die laut EWR-Abkommen (Europäischer Wirtschaftsraum) auch für Norwegen maßgebend ist, kommen auf die Regionen und Gemeinden im Gebiet der Nördlichen Dimension große Herausforderungen zu. Viele der neuen EU-Mitgliedstaaten und Russland haben gewaltige Umweltprobleme im Zusammenhang mit Wasser und Wasserversorgung.

Die regionalen und lokalen Behörden in den Regionen an der Ost- und an der Nordsee haben die notwendige Erfahrung und Kompetenz auf diesem Gebiet. Unter anderem können sie einen besseren Überblick im Bereich Gewässer-Verschmutzung, Programme für das Management der Wasserqualität, Trinkwasserversorgung, Wissenstransfer und Ausbau der Kompetenzen verschaffen. Unserer Meinung nach sollte also die Wasserqualität und die Reinigung der Umgebung von Flüssen und Seen Teil eines jeden neuen Aktionsplans der Nördlichen Dimension sein.

Die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) hat die Ostsee als besonders empfindliche Zone (PSSA, Particularly Sensitive Sea Area) erklärt. Was die Probleme der Umweltverschmutzung betrifft, müssen Fragen wie die der Schadstoffbelastung von Fisch - nicht nur in den Flüssen und Seen sondern auch im Meer - in unserer künftigen Arbeit berücksichtigt werden. Durch die Zusammenarbeit der Regierungen der Ostsee-Anrainerstaaten (darunter Russland) und der Europäischen Union setzt sich die Helsinki-Kommission - kurz HELCOM - für den Schutz der Ostsee vor jeglicher Art der Verschmutzung ein. Jeder neue Aktionsplan, der im Rahmen der Nördlichen Dimension implementiert wird, muss solche Maßnahmen besonders berücksichtigen.

#### *Soziale Absicherung und medizinische Versorgung*

Der Aufbau von hinreichenden sozialen Absicherungssystemen ist von entscheidender Bedeutung für eine ausgeglichene Entwicklung, insbesondere in Russland, denn dieses Land leidet immer noch unter dem nahtlosen Übergang von einem zentralisierten Planungssystem in eine Marktwirtschaft. Vielen Regionen mangelt es an Werkzeugen, Mechanismen und Ressourcen, um Einfluss auf ihre eigene regionale Planung und Entwicklung zu nehmen. Die neuen EU-Mitgliedstaaten im Ostsee-Raum werden auch gute Werkzeuge und Methoden sowie wirksame Finanzierungsinstrumente benötigen für die Ausarbeitung von Plänen und die Umsetzung der Leitlinien der EU-Regionalpolitik. Der Austausch von Erfahrungen und Modellen zwischen dem östlichen und dem westlichen Teil Nordeuropas wird für die regionale Planung und die Entwicklung, sowie für die Einrichtung und den Ausbau von Kompetenzzentren in diesen Regionen von größter Bedeutung sein. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Partnerschaften mit den Regionen aus dem Norden Russlands sollten daher bei der Implementierung eines neuen Aktionsplans der Nördlichen Dimension besonders unterstützt werden.

**Einstimmig angenommen**

•  
•